

Unser Standpunkt



Finanzielle Bildung

Finanzielle Bildung für junge Menschen stärken

Kernforderungen

- Finanzbildung im Lehrplan aller bayerischen Schularten verpflichtend verankern
- Finanzbildungsangebote bayernweit auf einer Landingpage bündeln
- Nationale Finanzbildungsstrategie für Deutschland umsetzen

Ausgangslage: Im Koalitionsvertrag 2025 wurden „vorsorgender Verbraucherschutz“ und „unabhängige Verbraucherbildung im Bereich „Finanzen“ vereinbart. Auf einen OECD-Vorschlag für eine nationale Finanzbildungsstrategie folgte jedoch bislang keine Umsetzung. Anfang 2025 forderten die Länderfinanzminister entsprechende Schritte. Bayern setzt mit dem Konzept „Alltagskompetenzen“ erste Akzente in der zukunftsorientierten Allgemeinbildung durch zwei praxisnahe Projektwochen in Grund- und weiterführenden Schulen. Finanzbildung ist dabei jedoch kein eigenständiger und verpflichtender Schwerpunkt. Je nach Schulart und inhaltlicher Ausrichtung erwerben Schülerinnen und Schüler lediglich punktuell Kenntnisse.

Problem: Fehlende finanzielle Bildung verstärkt soziale Ungleichheiten und beeinträchtigt die Chancengerechtigkeit junger Menschen. Vor allem einkommensschwächere Haushalte bleiben aus Unwissenheit und mangelnder Erfahrung häufig zurückhaltend. Gleichzeitig erfordern der demografische Wandel und die immer größer werdende Lücke in der gesetzlichen Rente mehr Eigeninitiative beim Vorsorgen. Ein Blick auf bestehende Maßnahmen zeigt zudem ein Fragmentierungsproblem: Bundesweit existieren über 100 Finanzbildungsinitiativen, was die Orientierung erschwert und die Identifikation zuständiger Ansprechpartner beeinträchtigt. Auch in Bayern besteht eine unübersichtliche Vielzahl von Programmen verschiedenster Akteure.

Lösung: Finanzielle Bildung muss alle Schülerinnen und Schüler im bayerischen Schulsystem erreichen – unabhängig von dem Bildungsgrad. Sinnvoll ist daher eine verbindliche Verankerung bereits in unteren Jahrgangsstufen mit klar definierten Inhalten – entweder als eigenes Pflichtfach oder integriert in bestehende Fächer. Zudem ist ein praxisnaher Ansatz erforderlich. Daher sollte eine zusätzliche obligatorische Projektwoche mit dem Schwerpunkt „finanzielle Bildung“ in der 9. Jahrgangsstufe in allen bayerischen Schularten implementiert werden. Außerdem müssen sich Lehrpläne flexibel an die durch Finanztrends, Finfluencer und Neobroker schnell wandelnde Finanzwelt anpassen, um junge Menschen zukunftsorientiert vorzubereiten.

Um den zahlreichen Finanzbildungsinitiativen in Deutschland mehr Wirkung zu verleihen, bedarf es einer ländergetragenen Koordination. Diese soll dazu dienen, Orientierung zu geben, Qualitätsstandards zu setzen und Parallelstrukturen zu vermeiden. Konkret braucht es eine zentrale Landingpage des Bayerischen Kultusministeriums, die alle Finanzbildungsangebote und -initiativen nach vorheriger Qualitätsprüfung bündelt.

Außerdem ist eine nationale Finanzbildungsstrategie dringend notwendig. Ohne ein einheitliches, verbindliches deutschlandweites Vorgehen und eine klare Steuerungsrolle der Kultusministerien bleibt finanzielle Bildung fragmentiert und optional statt flächendeckend wirksam.

Hintergrund

Finanzielle Bildung fördert die individuelle Fähigkeit, Finanzprodukte, -konzepte und -risiken zu verstehen und darauf aufbauend informierte Entscheidungen für das eigene finanzielle Wohlergehen zu treffen.

Es besteht jedoch ein strukturelles Defizit in der finanziellen Bildung: Nur 62 Prozent der deutschen Bevölkerung können grundlegende Fragen zu Zins, Inflation oder Aktienmärkten beantworten, zudem besitzt nur ein Bruchteil Wertpapiere. Zentrale Ursachen sind fehlendes Wissen und Unsicherheiten im Umgang mit Finanzprodukten. Gleichzeitig ist das Armutsrisiko in Bayern im Alter hoch: 21,4 Prozent der über 65-Jährigen sind betroffen, bei Frauen sogar 24,5 Prozent. Dieses Ergebnis ist unter anderem auf hohe Teilzeitquoten sowie eine unzureichende private Altersvorsorge zurückzuführen. Im Unterschied zur Sparguth-Ära stehen jungen Menschen heute vielfältige Investitionsmöglichkeiten offen, weshalb Finanzbildung umso wichtiger ist – nicht zuletzt zur Prävention von Altersarmut. Dennoch geben gerade junge Menschen in Umfragen häufig an, in der Schule nicht ausreichend auf finanzielle Entscheidungen vorbereitet worden zu sein.

Genossenschaftsverband Bayern e.V.

politik@gv-bayern.de
www.gv-bayern.de/positionen

Stand: April 2026

Der GVB ist im Lobbyregister des Deutschen Bundestags (R002999), im Bayerischen Lobbyregister (DEBYLT017B) und im Transparenz-Register der EU (215801528562-26) registriert und akzeptiert die damit verbundenen Grundsätze und Verhaltensregeln für die Interessenvertretung.